



Für den **11. Oktober 2014** ruft ein europaweites Bündnis zu einem **dezentralen Aktionstag** auf, um die laufenden Verhandlungen über Freihandelsverträge zu stoppen und eine alternative Handelspolitik voranzubringen, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an die erste Stelle setzt. In Regensburg rufen wir zu einer **Aktions-Demo** auf:

Den Freihandelwahnsinn stoppen!

Wann: Samstag, 11.10.2014 um 11.00 Uhr

**Wo: Auftakt am Kassiansplatz,
dann Rundzug durch die Innenstadt zurück zum Kassiansplatz**

**Welche Auswirkungen hätten die Freihandelsabkommen für uns in Regensburg?
Antworten dazu gibt's bei der Demo!**

Außerdem: Infostände (Kassiansplatz) und Unterschriftensammlung für die Europäische Bürgerinitiative
Demo-Route: Kassiansplatz, Schwarze-Bärenstraße, Maxstraße, Alter Kornmarkt, Domplatz, Goliathstraße, Rathausplatz, Haidplatz, Ludwigstraße, Weißergergraben, Bismarckplatz, Gesandtenstraße, Neupfarrplatz.

Veranstalter: attac Regensburg.

Mitmacher und Unterstützer: KG Bund Naturschutz, BüfA Regensburg, GEW Oberpfalz, Greenpeace Regensburg, KAB Regensburg-Land, Transition Regensburg, Weltladen Una Terra, B90/Die Grünen Regensburg, Grüne Jugend Regensburg, Die Linke Regensburg, ÖDP Regensburg, Piratenpartei Regensburg.

Konzerne profitieren – Menschen verlieren!

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership – zwischen USA und EU), **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement - zwischen Kanada und EU) und **TISA** (Trade in Services Agreement) sind die aktuellen Beispiele dafür, wie Handels- und Investitionspolitik undemokratisch und im alleinigen Interesse großer Konzerne geführt wird. Die Verhandlungen werden im Geheimen geführt, ohne Information für die kritische Öffentlichkeit, während Unternehmenslobbyisten zunehmend Einfluss eingeräumt wird. Sollten diese Verhandlungen durchkommen, würden sie multinationalen Unternehmen das exklusive Recht einräumen, Regierungen außerhalb der nationalen und europäischen Rechtssysteme vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Gesundheits- und Sicherheitsstandards, Verbraucherschutz und das Vorsorgeprinzip würden immer weiter ausgehöhlt. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen würde vorangetrieben, Arbeitnehmerrechte- und soziale Rechte würden in einen Wettlauf nach unten gezwungen, demokratisch gewählte Regierungen würden in ihren Handlungsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt.

